Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5692

04. 10. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/3253 –**

Grundsicherung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

A. Problem

Die Antragsteller stellen eine Reihe von Forderungen zur Grundsicherung des öffentlichen Personennahverkehrs auf. Sie sollen durch eine Rahmenvorgabe des Bundes mit Hilfe eines Bundesgesetzes erfüllt werden, die Mindeststandards der Verkehrserschließung festschreiben. Dieses ÖPNV-Rahmengesetz soll den ÖPNV definieren, für kurze Wege sorgen, den ÖPNV im wesentlichen als kommunale Pflichtaufgabe beschreiben, die Erschließung, Zugänglichkeit, Bedienungsqualität des ÖPNV regeln, für Verkehrsverbünde und Fahrgastbeiräte sorgen sowie die Finanzierung regeln.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern ein entsprechendes ÖPNV-Rahmengesetz.
Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/3253 – abzulehnen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst	**Peter Letzgus**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Letzgus

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/3253 am 8. Februar 1996 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an die Ausschüsse für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Fremdenverkehr und Tourismus sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat auf eine Stellungnahme verzichtet. Die Ausschüsse für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Ferner hat der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus einstimmig bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS die Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlage am 26. Juni 1996 beraten und den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung des Abgeordneten Egbert Nitsch (Rendsburg) abgelehnt.

Bonn, den 26. Juni 1996

Peter Letzgus

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44

ISSN 0722-8333